



Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V.

Rechtspfleger-Kurier

Ausgabe IV/2012

Jahrgang 45

Zukunftsfähige Justiz – Justiz der Zukunft

Die Ergebnisse der Haushaltsverhandlungen mit neuen Stellen und Hebungen sind sicher auch ein Erfolg der Beharrlichkeit des VERBANDES bei vielen Gesprächen im politischen Bereich. Gerade wenn man bedenkt, dass andere Justizbereiche bei neuen Stellen leer ausgehen. Hier muss jedoch hinzugefügt werden, dass es gilt, mehr als ein Jahrzehnt Sparkurs auszugleichen.

Ein erster Schritt ist getan, weitere müssen folgen. Denn hinzu kommt ein sich abzeichnender zusätzlicher Personalbedarf bei den Rechtspflegern durch das Projekt „e-justice“ und durch die noch in dieser Legislaturperiode geplanten Gesetzesvorhaben der Bundesregierung.

Die bisher stets vorgebrachte Verbandsforderung nach mehr Personal wird zukünftig nicht mehr weiterhelfen. Gefragt sind intelligente Lösungen bei Aufgabenzuweisungen, aber auch Aufgabenkritik, die nicht in Privatisierungen münden darf.

Initiativen zur Schaffung und zum Erhalt von Personalressourcen, wie das eingeführte Gesundheitsmanagement und die Vorgaben zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie geben hier die Richtung an. Es wird darüber hinaus auch notwendig sein die Motivation des Einzelnen bei seiner Tätigkeit zu stärken und damit seine Einsatzfreude zu verbessern. Hier-

zu könnte bei den Rechtspflegern die Einführung von Rechtspflegerpräsidien oder auch eine (freiwillige) freie Arbeitszeitgestaltung beitragen.

Nicht zuletzt ist auch der Wegfall von Richtervorbehalten als Motivationsfaktor zu sehen. Dies soll im nächsten Jahr im Nachlassbereich der Fall sein. Wir freuen uns sehr darüber, wird damit doch eine langjährige Verbandsforderung umgesetzt.

Der VERBAND wird auch weiterhin aktiv an einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Justiz mitwirken. Ziel ist

Inhaltsverzeichnis

- ◆ Zukunftsfähige Justiz - Justiz der Zukunft S. 1
- ◆ Gespräch mit Staatsministerin Frau Dr. Merk S. 2
- ◆ Hauptverwaltungssitzung vom 27. bis 29.09.2012 S. 3
- ◆ Gespräch mit Vertretern des JM S. 4
- ◆ 33. Deutscher Rechtspflegertag in Essen S. 7
- ◆ BV Traunstein: harsche Kritik am Spitzenstellenkonzept S. 8
- ◆ BV Würzburg: Besuch beim Kirchengericht S. 9
- ◆ Gewerkschaftstag des dbb in Berlin S.10
- ◆ Neujahrsrätsel 2013 S.11
- ◆ Diverses S.12

ein Höchstmaß an Zufriedenheit des Einzelnen in einer funktionierenden Gemeinschaft. Auf das Mittun aller Rechtspfleger, besonders unserer Mitglieder, sind wir hierbei angewiesen.

Wir danken Ihnen allen, die Sie unsere Verbandsarbeit unterstützen und begleiten!

**Ihnen und Ihren Familien
wünschen wir ein gesegnetes Weihnachtsfest
und ein erfolgreiches neues Jahr!**

Peter Hofmann ° Claudia Kammereier
Tanja Raab ° Georg Saffert ° Daniela
Woite ° Robert Schmid ° Wolfgang
Simon ° Dieter Santl ° Christine Hofstetter
Kerstin Fischer

**Gespräch mit Staatsministerin
Frau Dr. Merk**
VERBAND sieht nach Haushaltsverhandlungen weiteren Handlungsbedarf

Trotz Präsenzpflcht im Landtag auf Grund aktueller Ereignisse nahm sich die Staatsministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Frau Dr. Beate Merk, Zeit für die Anliegen des Verbandes Bayerischer Rechtspfleger e.V..

Landesvorsitzender Peter Hofmann bedankte sich bei Frau Staatsministerin Dr. Merk und den Vertretern des Ministeriums dafür, dass mit den im Doppelhaushalt 2013/2014 vorgesehenen 48 neuen Rechtspflegerstellen ein erster Schritt zur Verbesserung der Stellensituation im Rechtspflegerbereich erfolgte. Erfreut zeigte er sich angesichts der daneben beabsichtigten 151 Hebungen. Ziel müsse sein, damit die teilweise nicht akzeptablen Beförderungswartezeiten zu verkürzen, so Hofmann.

Im Hinblick auf die neuen Rechtspflegerstellen gab er zu bedenken, dass diese voraussichtlich alleine für das Leucht-

turmprojekt „e-justice“ und für die vom Bundesgesetzgeber zu erwartenden Aufgabenmehrun gen benötigt werden. Deswegen besteht weiterhin Handlungsbedarf zur Verbesserung der Stellensituation bei den Rechtspfl egern.

Mit Blick auf die Regierungserklärung der Staatsministerin vom 17. Oktober begrüßte der Landesvorsitzende, dass neben Richtern und Staatsanwälten auch andere Justizberufe ausdrücklich erwähnt wurden.



v.l. JM Dr. Merk, Hofmann, Kammereier, Raab, Santl, Saffert, Rosemann

Nach Verabschiedung der Staatsministerin wurde das Gespräch mit Ministerialdirektor Dr. Walter Schön, Ministerialdirigent Dr. Michael Stumpf und Ministerialrat Dr. Peter Frank fortgesetzt. Besonders diskutiert wurde über die anstehenden Gesetzesänderungen im Bund zur Kostenrechtsmodernisierung, zur Verkürzung der Restschuldbefreiung, sowie zur Änderung bei der Prozesskostenhilfe. Das Inkrafttreten jedes dieser Gesetzentwürfe würde zu einem Mehrbedarf an Rechtspfl egern führen. Besonders schmerzlich wäre der Wegfall der Vorschriften zu den Rechnungsgebühren in den Kostengesetzen. Dies hätte den Wegfall der Rechnungsbeamten vor allem in Betreuungssachen und bei Zwangsversteigerungen zur Folge. Sowohl das Ministerium als auch der VERBAND möchten hier dagegen wirken. Initiativen hierzu wurden bereits ergriffen.

Nach Aussage von Dr. Schön ist bezüglich des Wegfalls der Richtervorbehalte in Nachlasssachen daran gedacht die Öffnungsklausel des Rechtspfl egergesetz-

zes im ersten Halbjahr 2013 umzusetzen. Die Nachlassangelegenheiten mit Auslandsberührung sollen allerdings in der Zuständigkeit des Richters bleiben.

Herr Dr. Schön wies auf das Diskussionspapier des VERBANDES zur Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Richtern, Rechtspflegern und Justizfachwirten hin. Es ist beabsichtigt in dieser Frage mit dem VERBAND ins Gespräch zu kommen, wobei es gilt hier behutsam vorzugehen und die personalwirtschaftlichen Auswirkungen einzelner Maßnahmen zu untersuchen. Dies sei eine Aufgabe für die Zukunft, die man angehen möchte, bemerkte der Ministerialdirektor.

Hauptverwaltungssitzung vom 27. bis 29.08.2012 in Straubing

Bei bestem Sommerwetter fanden sich die Vertreter der Bezirksverbände zur Hauptverwaltungssitzung an der Justizvollzugsschule in Straubing ein. Der Einladung waren auch der Ehrenvorsitzende Kurt Rosemann und die Ehrenmitglieder Hans Stiglhofer, Peter Herrmannsdörfer, sowie Dr. Klaus Schleicher, Geschäftsführer des Gieseking Verlags, gefolgt.

Landesvorsitzender Peter Hofmann eröffnete die Sitzung und berichtete über die bisherigen Ergebnisse zum Doppelhaushalt 2013/2014, dem Stand bei der vollständigen Übertragung der Nachlasssachen auf den Rechtspfleger, beim elektronischen Rechtsverkehr und der elektronischen Akte und beim neuen Dienstrecht nebst Spitzenstellenkonzept. (siehe hierzu den gesonderten Artikel zum Gespräch mit den Vertretern des Ministeriums).

Der vorgetragene Geschäftsbericht spiegelte die Aktivitäten der Vorstandschaft im vergangenen Jahr wider. Neben fünf Vorstandssitzungen konnten acht Termine mit Vertretern der politischen Parteien und 15 justizinterne Termine wahrgenommen werden. Hofmann erwähnte besonders den Beitritt zu dem Verein „Pro Justiz e.V.“; hier gehört er als Landesvorsitzender dem erweiterten Vorstand an. Ein Gesprächstermin mit der Ministerin für Justiz und Verbraucherschutz ist bereits auf den 17. Oktober 2012 anberaunt.



Die Vorstandschaft des Verbands mit Ministerialdirektor Dr. Schön (6.v.l.) und Ministerialdirigent Grünwald (5.v.l.)

Kassenführer Dieter Santl berichtete über die Finanzlage. Er wurde einstimmig von der Hauptverwaltung entlastet und erntete besonderes Lob für die sorgfältige und tadellose Kassenführung. Es folgten weitere Berichte über die Arbeit des Bundes Deutscher Rechtspfleger (BDR) und des Bayerischen Beamtenbunds (BBB) durch die stellvertretende Vorsitzende Claudia Kammermeier, die in diesen beiden Verbänden auch jeweils die Funktion der Stellvertreterin des Vorsitzenden ausübt, wodurch der VERBAND ausgezeichnet vertreten ist.

Der Folgetag begann mit einem Vortrag über die Freie Dienstzeit, auch Vertrauensarbeitszeit oder Dienstzeitbefreiung genannt. Kollege Volker Laedtke, Vorsitzender des Landesverbands Hamburg, berichtete über die 12-jährige Erfahrung des Landes Hamburg mit diesem Arbeitszeitmodell. Die Rechtspfleger sämtlicher Hamburger Gerichte haben sich

inzwischen für das Modell der freien Arbeitszeit entschieden und die Erfahrungen sind durchweg positiv. Neben einer freieren, individuell gestaltbaren Arbeitszeit, stärkt diese freie Form der Dienstzeit erheblich die Selbstverantwortung, senkt den Krankenstand und entlastet insbesondere familiengebundene Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger. Derzeit pilotieren bzw. erarbeiten bereits sechs weitere Bundesländer eine entsprechende Arbeitszeitregelung. In der Diskussion gingen die Meinungen der Zuhörer zu dem vorgetragenen Modell auseinander. „Der Vortrag sollte der Erstinformation dienen, denn das Thema werde auch in Bayern ankommen“, bemerkte der bayerische Landesvorsitzende.



geselliger Abend

Mit den Berichten aus den Bezirksverbänden endete die Hauptverwaltungssitzung. Bei in vielen Fällen stabilen Mitgliederzahlen wurde festgestellt, dass mancher Kollege mit Pensionseintritt auch den VERBAND verlässt. Eine Entwicklung die zeigt, dass sich die Beziehung zu Dienst und Beruf im Wandel befindet. Eine reibungslos ablaufende Veranstaltung wie die diesjährige Hauptverwaltungssitzung weckte auch schon positive Erwartungen für das nächste Jahr.

Daniela Woite

Im Gespräch mit Vertretern des JM: Neue Stellen und Beförderungen für Rechtspfleger; Nachlassverfahren vor Vollübertragung

Gespräch der Hauptverwaltung des VERBANDES mit Herrn Ministerialdirektor Dr. Schön und Herrn Ministerialdirigenten Grünewald anlässlich der Sitzung am 28. August 2012 in der Justizvollzugsschule in Straubing

Landesvorsitzender Peter Hofmann begrüßte die hochrangigen Gäste mit dem Dank für die Beteiligung des VERBANDES bei allen wichtigen Vorhaben im Justizbereich. Hierbei wird deutlich wie viel Neues angestoßen wird. Nicht zuletzt wird mit den geplanten Neuerungen in dem Bereich e-justice zusätzlich „Druck in dem System Justiz“ aufgebaut. Mit welchen Ventilen - Personalmehrung bzw. Stärkung der Selbständigkeit der Entscheider - will man diesen „Druck“ abbauen, fragte der Vorsitzende.

Herr Dr. Schön bemerkte, dass es schon ein enormer Kraftakt war die notwendigen Stellen im Sicherheitsbereich zu bekommen, insbesondere ohne Anrechnung auf andere, der Justiz zugesagte Stellenmehrungen. Die weiteren Haushaltsverhandlungen stellte er als die Schwierigsten in seiner Dienstzeit dar. Das Ergebnis kann sich seiner Meinung nach sehen lassen.

Im **Haushalt 2013/2014** sind für den Justizbereich (ohne Justizvollzug) 166 neue Stellen vorgesehen,

- davon 80 Stellen für Richter und Staatsanwälte
- 48 Stellen für Rechtspfleger und
- 38 Stellen für Bewährungshelfer.

Herr Grünewald berichtete über die beschlossenen Stellenhebungen. Neben 11 Hebungsmöglichkeiten aus den Rückflüssen des Projektes „Verwaltung 21“ gibt es nach dem neuen Dienstrecht

weitere 140 Hebungen; davon entfallen auf die Bereiche

A 9 nach A 10:	34
A 10 nach A 11:	55
A 11 nach A 12:	20
A 12 nach A 13:	10
A 13 nach A 14:	11
A 14 nach A 15:	9
A 15 nach A 16:	1

Nun muss der Landtag diesen von der Staatsregierung beschlossenen Haushalt noch verabschieden. Dies wird voraussichtlich im Dezember geschehen.

Der Vorsitzende bedankte sich vor allem für die erreichte Anzahl von Hebungen, da es in allen Verbandsgesprächen mit Vertretern der politischen Parteien als schwierig erschien neben neuen Stellen auch Beförderungen zu erhalten. Er hofft auf eine Kontinuität in diesen Entscheidungen beim nächsten Doppelhaushalt. Herr Dr. Schön wies darauf hin, dass nach den nächsten Landtagswahlen vor einer Regierungserklärung bzw. Koalitionsvereinbarung neu mit einer Überzeugungsarbeit bei der Politik begonnen werden muss.

Auf Nachfrage von Vorstandsmitglied Wolfgang Simon zur Prognose für die künftige Nachwuchsgewinnung kann Herr Grünwald derzeit noch keine Schwierigkeiten erkennen. Er sieht die Justiz noch als attraktiven und familienfreundlichen Arbeitgeber.

Zu dem vom Verband seit langem geforderten **Wegfall der Richtervorbehalte in Nachlasssachen** berichtete Herr Dr. Schön, dass Frau Dr. Merk gebeten hat, Vorbereitungen zu einer Delegationsverordnung zu treffen. Durch diese geht dann die Entscheidungsbefugnis von der Staatsregierung auf das Ministerium über. Auf den Rechtspfleger übertragen werden sollen die Ernennung von Testamentsvollstreckern, deren Entlassung nach § 2227 BGB, die Erteilung von Erbscheinen und sonstiger nachlassgerichtlicher Zeugnisse sofern nicht die Berührung mit ausländischem Recht in Betracht kommt.

Der Auftrag zur Ausarbeitung befindet sich im Fachreferat des Ministeriums. Ein konkreter Zeitpunkt für die Umsetzung kann derzeit noch nicht genannt werden.

Wegen weiterer **sonstiger Aufgabenübertragungen** wiederholte der Landesvorsitzende die bisher gestellten Forderungen. Er übergab ein in der Hauptverwaltung abgestimmtes „Diskussionspapier zur Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Richter, Rechtspfleger und Justizfachwirten in Bayern“. Dies soll als Grundlage für weitere Überlegungen zu Aufgabenübertragungen dienen.

Herr Dr. Schön sieht es positiv, dass der VERBAND Veränderungen in der Justiz kritisch mit begleitet und Impulse gibt, wer künftig welche Aufgaben zweckmäßigerweise wahrnehmen muss bzw. sollte. Nur so können Potenziale aus der Digitalisierung genutzt werden. Sicher ist, dass es im Zusammenhang mit der weiteren elektronischen Entwicklung auch zu Überlegungen bezüglich neuer Aufgabenverteilungen kommen wird.

Hinsichtlich des **neuen Beurteilungssystems** wird das Ergebnis der bisherigen Arbeitsgruppensitzungen geprüft und in ein JVMS gefasst, das dann der Praxis und den Verbänden zugeht.

Die 16-Punkte-Skala wird künftig in jeder Besoldungsgruppe voll ausgeschöpft werden können, was vom Beurteiler mehr Mut und Differenzierungswillen erfordern wird. Der neue Beurteilungsturnus wird 3 Jahre sein. Die Bundesverwaltungsgerichtsentscheidung vom Juni 2011 wirft zwei Fragen auf: Wie lange sind Beurteilungen aktuell? Wonach richtet man sich bei Beförderungsentscheidungen bei gleichen Prädikaten? Differenziert wird künftig nach sog. Superkriterien, die Einzelmerkmale der aktuellen Beurteilung sind und dem Anforderungsprofil der jeweiligen Stelle entsprechen, z.B. Entscheidungsfreude beim Fachrechtspfleger oder Führungserfolg bei Rechtspflegern mit Führungsaufgaben.

Elektronischer Rechtsverkehr und elektronische Akte sind die Themen der Zukunft. Hier existieren auch bundesweite Vorgaben. In Bayern gilt für die e-Akte:

Umgesetzt werden sollen die Bereiche Grundbuchrecht und Handelsregister (je 2014), Ordnungswidrigkeiten (2018), erstinstanzliche Zivilsachen bei den Landgerichten (2015), Zwangsvollstreckung (2014). Die elektronische Zweitakte soll für die Staatsanwaltschaften ebenfalls eingeführt werden. Herr Hofmann bedankte sich für die Beteiligung des VERBANDES und wies darauf hin, wie entscheidend es für eine größtmögliche Akzeptanz sei, die Beschäftigten frühzeitig mitzunehmen. Pilotierungsphasen sind nach Herrn Dr. Schön vorgesehen, um mögliche Fehler zu erkennen.

Zum **Spitzenstellenkonzept für die Rechtspfleger** hebt Peter Hofmann hervor, dass das formulierte Leitbild mit der Einheitlichkeit des Amtes und der gewünschten Rotation zwischen den verschiedenen Arbeitsbereichen sehr positiv zu sehen ist. Die Umsetzung der Topfwirtschaft führt derzeit jedoch zu einer Schieflage beim Erreichen der vorgegebenen Ziele. Beförderungszeiträume im Rechtspflegertopf und solche im LLK – Bereich liegen zu weit auseinander. Die Einheitlichkeit des Rechtspflegeramts gerät so massiv in Gefahr.

Der Vorsitzende betonte, dass er nicht für eine „Gleichmacherei“ sei, es gehe aber darum die Verhältnismäßigkeit im Vorwärtskommen sowie der im jeweiligen Topf zur Verfügung stehenden Beförderungsmöglichkeiten zu gewährleisten.

Das Konzept müsste nach Ansicht des VERBANDES vor allem hinsichtlich seiner Anlagen grundlegend überarbeitet werden. Kritisiert wird insbesondere die Anbindung von Spitzenstellen an die Einstufung des Behördenleiters.

Herr Grünwald bemerkte, dass eine Möglichkeit zur Beseitigung der tatsächlich überlangen Beförderungswartezeiten

durch Hebungen im Doppelhaushalt 2013/14 gesehen werde..

Herr Hofmann bat um möglichst große Transparenz in der Frage der Befüllung der Töpfe für die Personalvertretungen. Er bat außerdem darum, den sog. „Rechtspflegeraufstieg“ nicht völlig einschlafen zu lassen. Dies betrifft Geschäftsleiter mit einem Mischreferat und Gruppenleiter auf ausgeschriebenen Stellen. In den **Personalentwicklungsgrundsätzen** findet sich die Entwicklungsmöglichkeit der modularen Qualifizierung für Gruppenleiter jedenfalls nicht mehr.

Am Ende des Gesprächs übergab der Landesvorsitzende eine Zusammenstellung anderer Fachbereiche in Bayern, die bereits ab November bzw. noch früher die geprüften Anwärter zu Inspektoren ernennen. Er bat um Prüfung, ob nicht auch bei den **Rechtspflegern der Ernennungszeitpunkt vorgezogen** werden könne. Dies wäre von Vorteil für die Anwärter und würde auch dem Dienstherrn helfen. Herr Dr. Schön gab an dies im Justizbereich nicht realisieren zu können. Sämtliche Bewertungen der Klausuren würden im Nebenamt erfolgen und ein weiterer zeitlicher Druck wäre für die Gewinnung von Nebenamtlichen für diese Tätigkeit nicht hilfreich. Deshalb ist ein Vorziehen der Ernennung aus prüfungsorganisatorischen Gründen nicht möglich.

Mit der Einladung der Ministeriumsvertreter zur nächsten HV-Sitzung endete das sehr direkt und offen geführte Gespräch.

33. Deutscher Rechtspfleger-tag in Essen

Claudia Kammermeier als stellvertretende Bundesvorsitzende wiedergewählt

Erwartungsgemäß und mit deutlicher Zustimmung wählten die Delegierten des Deutschen Rechtspflerertages die bisherigen Mitglieder mit dem Vorsitzenden Wolfgang Lämmer (NRW) und seinen Stellvertretern Mario Blödtner (S-A), Manfred Georg (Rh-Pf), Martin Haselmaier (B-W), Claudia Kammermeier (BY), Klaus Rellermeyer (NRW) und Elke Strauss (S) wieder in die Bundesleitung.



Die wieder gewählte stellvertretende Bundesvorsitzende Claudia Kammermeier mit Landesvorsitzenden Peter Hofmann

Mit einer beschlossenen Satzungsänderung wurden u.a. die Stimmenverhältnisse für Abstimmungen im Präsidium des BDR neu geregelt. Der Verband Bayerischer Rechtspfleger (VBR) wird demnach auf Grund seiner hohen Mitgliederzahlen 2 Stimmen mehr als bisher erhalten (5 statt 3 Stimmen). Dies stärkt dessen Einflussmöglichkeiten auf bundespolitische Entscheidungen. Bundesvorsitzender Lämmer stellte das Modell des Bundes Deutscher Rechts-

pfleger (BDR) zu einer selbstverwalteten Justiz vor. Dieses soll in den Landesverbänden diskutiert und auch mit anderen Justizverbänden kommuniziert werden. Die Einrichtung einer ständigen Kommission soll sich um die Weiterentwicklung kümmern.



v.l. Dieter Santl, Claudia Kammermeier, Christine Hofstetter, Robert Schmid, Wolfgang Simon, Tanja Raab, Karl-Heinz Zeibich, Kurt Rosemann und Peter Hofmann

Neben Entschliefungen für Gesetzesänderungen im Grundbuchbereich sowie im FamFG wurden auch richtungsweisende Anträge und Entschliefungen zur weiteren Verbandspolitik des BDR verabschiedet. Es wurde u.a. beschlossen:

- ◆ BDR setzt sich weiter für die Übertragung des gesamten Verbraucherinsolvenzverfahrens und der kontradiktorischen Entscheidungen im Restschuldbefreiungsverfahren ein;
- ◆ BDR setzt sich bundesweit für die Einführung einer funktionsgerechten Status- und Besoldungsregelung für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger ein;
- ◆ Die Schaffung eines Rechtspflegeramtes ist als Ziel weiter zu verfolgen; hierzu gilt es in allen Ländern auf die Einrichtung von Rechtspflegerpräsidien und die Einführung freier Dienstzeiten hinzuwirken.

Verschiedene Rahmenveranstaltungen sowie der Festakt mit Vertretern aus Politik und Justiz schufen die Gelegenhei-

ten sich mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern und auch international (Österreich, Frankreich, Finnland und Südkorea) auszutauschen. Der nächste Rechtspflegertag ist 2016 in Rheinland-Pfalz vorgesehen. Weitere Informationen können der Internetseite des BDR www.bdr-online.de entnommen werden.

BV Traunstein: Harsche Kritik am Spitzenstellenkonzept Biergartenversammlung in Rosenheim

Rosenheim/Traunstein: Rechtspfleger aus dem Landgerichtsbezirk Traunstein trafen sich zur jährlichen Biergartenversammlung in Rosenheim im Mail-Keller. Der Mail-Keller liegt mitten in der Innenstadt von Rosenheim und bietet neben bayerisch-deftigen Sommerschmankerln eine überraschende Biergartenidylle pur.

Bevor jedoch allen Kolleginnen und Kollegen die verdiente Radlermaß bei sommerlich angenehmen Temperaturen serviert wurde, stand harte Arbeit auf dem Programm. Der Bezirksvorsitzende Albert Dirnberger ließ es sich nicht nehmen und referierte selbst zu einem seiner Lieblingsthemen, „Die Töpfe, das Spitzenstellenkonzept und seine Evaluation“.

Anhand eines umfangreichen Datenmaterials konnte er das bayernweite Ungleichgewicht der Verteilung der Rechtspflegerspitzenstellen belegen; nach seinen Berechnungen müssten mehr als 70 zusätzliche Beförderungsstellen A 12 und höher für die Rechtspfleger im Oberlandesgericht München ausgewiesen werden um, wie das Spitzenstellenkonzept selbst fordert, vergleichbare Entwicklungsmöglichkeiten für alle bayerischen Rechtspfleger zu gewährleisten.

Laut Dirnberger sind jedoch die Töpfe das Grundproblem des Konzepts. Alle Anwesenden waren sich einig, dass durch die einseitige und ungerechte Bevorzugung der eigentlich „rechtspflegerfremden“ Leitungs-, Lenkungs- und Koordinationsaufgaben der originären Rechtspflegertätigkeit die notwendigen Stellen entzogen werden. Kennzeichnend für diese Bevorzugung ist die Schaffung ungezählter Funktionsstellen, sei es im IT-Bereich, sei es auf Sachbearbeiterebene bei den Mittelbehörden, sei es für die Gerichtsvollzieherprüfungsbeamten oder die stellvertretenden Geschäftsleiter. Allein für die Organisationsberater sind 20 A-13-Stellen reserviert!

Die Stellenverlagerung macht sich besonders schmerzlich bei den mit echten Rechtspflegeraufgaben betrauten „Rechtspflegeräten“, den früheren Oberamtsräten bemerkbar, für die gerade mal 40 Stellen übrig bleiben. Da es in Bayern immerhin 3 Oberlandesgerichte, 22 Landgerichte, 73 Amtsgerichte, 3 Generalstaatsanwaltschaften, 22 Staatsanwaltschaften und ein paar Untereinheiten zu bedienen gibt, gleicht die Ergatterung einer der seltenen Stellen mehr einem Hauptgewinn im Lotto.

Aber all das, meint der Bezirksvorsitzende, könnte man vielleicht noch hinnehmen, wenn nicht mit der Topfbewirtschaftung im Ergebnis die reale Gefahr eines Endes von „Transparenz, Flexibilität und Mobilität“ einhergehen würde. Eine Gefahr, die durch die Schaffung der „Superkriterien“ bei den Beurteilungen zur Gewissheit wird. Junge Rechtspfleger müssen schon heute im Eigeninteresse frühzeitig die Nähe der Leitungs-, Lenkungs- und Koordinations- oder IT-Töpfe suchen, um nicht später von vielen Entwicklungsmöglichkeiten ausgeschlossen zu werden. Auf der anderen Seite, so pflichtete der stellvertretende Bezirksvorsitzende Wolfgang Benischke

bei, beraubt sich der Dienstherr selbst seiner Förderungsmöglichkeit begabter Nachwuchsrechtspfleger; hierfür besonders geeignete Posten sind inzwischen auf Dauer durch Amtsräte besetzt.

Die stellvertretende Landesvorsitzende Claudia Kammermeier bemängelte wie Dirnberger die fehlende Transparenz am Spitzenstellenkonzept. Bereits jetzt ist die konkrete Befüllung der Töpfe durch das Ministerium nur mit erheblichen Schwierigkeiten nachvollziehbar. Bei Einführung der Superkriterien aber ist eine Kontrolle für die Personalräte – deren Arbeit damit gleichzeitig immer wichtiger wird –, selbst mit technischen Hilfsmitteln sicher kaum mehr zu bewältigen.



Späte Ehrung: Der Bezirksvorsitzende Albert Dirnberger überreicht dem Rosenheimer **Alfons Brandmeier** (links im Bild) die Ehrenurkunde und das Ehrenzeichen in Gold des Bayerischen Beamtenbundes für 50 Jahre Mitgliedschaft im Verband Bayerischer Rechtspfleger. Tatsächlich ist Brandmeier seit mehr als 54 Jahren mit dabei und immer noch aktiv. Im Jahr 2009 begleitete er den Bezirksverband nach St. Petersburg; im letzten Jahr bereiste er sogar noch Syrien und war von Land und Leuten gleichermaßen tief beeindruckt.

BV Traunstein

BV Würzburg: Das katholische Kirchengericht – was geschieht dort?

Dieser Frage gingen 36 Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger des Bezirksverbandes Würzburg bei der traditionellen Herbstexkursion nach, die uns heuer in die Bischofsstadt Regensburg führte.

In den Räumen des Landgerichts Regensburg erläuterte Herr Prälat Dr. Josef Ammer, Official des bischöflichen Konsistoriums, d. h. Leiter des bischöflichen Kirchengerichts, ausführlich die Entstehung des Kirchenrechts und seine Aufgaben in der heutigen Zeit. Rechtsgrundlage ist der Codex Iuris Canonici, der u.a. die Sakramente der katholischen Kirche regelt, Bestimmungen zum Kirchenvermögen trifft und die Ahndung kirchenspezifischer Straftaten beschreibt. Hierbei kann es durchaus auch zu Berührungen mit der ordentlichen Gerichtsbarkeit kommen. Anschaulich wurde dies durch zahlreiche Beispielfälle und es entwickelte sich eine angeregte Diskussion.



Mitglieder des BV Würzburg

Heute beschäftigen sich die Kirchengerichte überwiegend mit der Annullierung von Ehen.

Später konnten wir uns noch von der Schönheit Regensburgs, das UNESCO-Weltkulturerbe ist und eine fast ebenso alte Steinbrücke wie Würzburg

hat, bei strahlendem Sonnenschein überzeugen.

Herzlichen Dank an Herrn Dr. Josef Ammer sowie an die Regensburger Kollegen, Frau Gudrun Politzki und Herrn Robert Schmid für die Unterstützung!

Christine Hofstetter
stellvertretende Vorsitzende des Bezirksverbands Würzburg

Gewerkschaftstag des dbb in Berlin: Demografie-Pakt notwendig

Deutscher Beamtenbund (dbb) organisatorisch und personell neu aufgestellt

Unter dem Motto „Leistung macht Staat“ fanden in Berlin die Gewerkschaftstage von dbb und dbb tarifunion statt. Beschlossen wurde eine Verschmelzung beider Organisationen, wobei die Gesamtorganisation nun insgesamt 1,26 Millionen Mitglieder vertritt und damit an Schlagkraft sowohl im Beamten- als auch im Tarifbereich gewinnt. Mit dem 63-jährigen Klaus Dauderstädt wurde nach Peter Heesen ein neuer Bundesvorsitzender gewählt, der vor allem für Kontinuität steht. Er konnte sich bei der Wahl klar gegenüber dem Gegenkandidaten Rolf Habermann (BBB) durchsetzen.

Für Landesvorsitzenden Peter Hofmann ergab sich am Rande der Veranstaltung die Möglichkeit mit Mitgliedern der Bundesleitung und anderen Landesvorsitzenden von Verbänden aus dem Justizbereich ins Gespräch zu kommen. Gesprächspartner war auch EUR-Präsident Thomas Kappl der leider ohne Erfolg bei der Wahl der stv. Bundesvorsitzenden des dbb antrat.

v.l. Landesvorsitzender Peter Hofmann und Bundesvorsitzender Wolfgang Läm-



mer mit dem neu gewählten Vorsitzenden des dbb Klaus Dauderstädt

Übereinstimmung bei vielen dieser Gespräche bestand mit der Forderung des neuen dbb-Vorsitzenden bei seiner Antrittsrede, dass es dringend einen Demografie-Pakt braucht um das hohe Leistungsniveau der Verwaltung in Zeiten knapper Kassen und alternder Bevölkerung zu sichern. Hier geht es um die Fragen: Wie wird der Wettstreit um die attraktivsten Ausbildungs- und Arbeitsplätze gewonnen? Wie kann das Arbeitsumfeld (familienfreundliche Ausgestaltung, berufliche Qualifikation und Gesundheitsmanagement) verbessert werden? und letztlich: Wie haben altersgerechte Arbeitsplätze mit belastungsgerechten Tätigkeiten die einen Wissenstransfer sicherstellen, auszusehen?

Es gilt diese Fragen nicht nur im Bund, sondern vor allem auch auf Landesebene in den einzelnen Ressorts zu erörtern und Konsequenzen aus den demografischen Veränderungen unserer Gesellschaft zu ziehen. Unser VERBAND befindet sich bereits seit längerem in der Diskussion darüber und beteiligt sich auch weiterhin über die bereits vom Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz getroffenen Maßnahmen hinaus durch eigene Vorschläge, z.B. bei Änderungen von Zuständigkeitsregelungen.

Neujahrsrätsel 2013

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch dieses Jahr veranstaltet der Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V. ein Preisrätsel unter den Mitgliedern. Das Rätsel ist wieder ein Buchstabenrätsel und bedarf ein wenig Tüftelarbeit. Zu gewinnen gibt es wieder fünf brandneue und hochaktuelle Kommentare, gestiftet von Herrn Dr. Schleicher vom Giesecking Verlag. Schon jetzt ein herzliches Dankeschön dafür !!

Folgende Preise werden ausgelobt:

1. Preis: Dassler/Schiffhauer/Hintzen/Engels/Rellermeyer, ZVG, Kommentar, 14. Auflage (Dezember 2012)
2. Preis: Bienwald/Sonnenfeld/Hoffmann, Betreuungsrecht, 5. Auflage (Juni 2011)
3. Preis: Arnold/Meyer-Stolte/Herrmann/Rellermeyer/Hintzen, 7. Auflage (Oktober 2009)
4. Preis: Artkämper, Die „gestörte“ Hauptverhandlung, 4. Auflage (Dezember 2012)
5. Preis: Eickmann/Böttcher, Grundbuchverfahrensrecht, 4. Auflage (September 2011)

Es gelten wie immer nachstehende Teilnahmebedingungen:

- ◆ Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder des Verbands Bayerischer Rechtspfleger e.V., mit Ausnahme der Schriftleiterin des Kuriers
- ◆ An der Verlosung nimmt jede richtige Lösung teil, die bis zum Einsendeschluss bei der Schriftleiterin des Kuriers schriftlich eingeht (Daniela Woite, AG München, Abteilung 15, Infanteriestr. 5, 80325 München, oder per Mail: danielawoite@ag-m.bayern.de)
- ◆ Die Gewinner werden namentlich in einem Folgekurier bekanntgegeben.
- ◆ Einsendeschluss ist der 15.02.2013

Wie geht's?

In der folgenden Buchstabenschlange verbirgt sich ein wichtiger Artikel unseres Grundgesetzes. Welcher ist es? (bestehend aus zwei Sätzen, auf Groß- und Kleinschreibung wurde verzichtet)

**Diebesgleichinswürdebpleidesrollimenschenchsleofistläßsiteunantast-
bardablignleissielssigzulassenachtenokdlwundbleiddzuweertschützen-
psldljdtdtristeristteerverpflichtungetwatallerwerdstaatlichenmentschge-
walt.**

Diverses

◆ Im Rahmen des neuen Sicherheitskonzepts wurde der Wachtmeisterdienst um 140 Stellen erweitert, zusätzlich erfolgt der Einsatz von privatem Sicherheitspersonal. Im Wachtmeisterdienst waren 70 neue Stellen bereits zum 1. Juni 2012 besetzt worden. Weitere 40 werden zum 1. März 2013 und weitere 30 Stellen zum 1. März 2014 besetzt werden. Das private Wachpersonal wird schrittweise wie folgt zur Verfügung stehen: Die ersten rund 130 Voll- und Teilzeitkräfte unterstützen die Wachtmeisterinnen und Wachtmeister seit dem 1. September 2012. 100 weitere können zum 1. April 2013 und 70 weitere ab 1. März 2014 dazu stoßen.

◆ In Günzburg wird für ca. 15,5 Mio. EUR ein neues Amtsgerichtsgebäude entstehen. Baubeginn ist für Juli 2013 geplant, die Fertigstellung soll Ende 2015 erfolgen.

◆ Das bisherige Angebot an Gesetzen und Verordnungen wird um das ePub-Format erweitert. Dabei handelt es sich um ein Format, das von der Mehrheit der marktgängigen eBook-Reader benötigt wird. Das Angebot steht seit dem 26. Juli 2012 zur Verfügung. Mit dem Angebot werden die klassischen Formate html und pdf ergänzt. Erst kürzlich hat das Ministerium das Format XML eingeführt.

Der kostenfreie Bürgerservice „Gesetze

im Internet“ ist direkt unter <http://www.gesetze-im-internet.de/> verlinkt oder über unsere Homepage erreichbar. Die juris GmbH sichert als technischer Dienstleister den Betrieb.

◆ Im Jahr 2011 nahmen insgesamt 4.915 Gefangene an den in den bayerischen Justizvollzugsanstalten durchgeführten Ausbildungsmaßnahmen für Gefangene teil. 459 Gefangene nahmen an einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf teil. Das Ergebnis sind mehr als 100 Gesellen- und Facharbeiterbriefe mit überwiegend guten und befriedigenden Noten. 1.742 Gefangene absolvierten eine sonstige berufliche Ausbildung, weitere 2.714 Gefangene eine außerberufliche Ausbildung. Davon haben 170 erfolgreich einen Schulabschluss erworben.

◆ Das seit einem dreiviertel Jahr in Betrieb genommene zentrale Testamentsregister bei der Bundesnotarkammer ist ein Erfolgsmodell. Jeden Monat werden zwischen 30.000 bis 40.000 Testamente registriert. Am 31.5.2012 waren es bereits 188.076 Testamente.

◆ Im Jahr 2011 wurden bundesweit 900.000 Anträge auf Beratungshilfe gestellt (2010: 970.000). Allein in Bayern gingen 88.646 (2010: 99.927) Anträge ein, davon wurden ca. 90% positiv verbeschrieben. Dies verursachte für den Bayerischen Haushalt Kosten von Euro 9.361.075,13 (2010: 10.060.955,49), bundesweit Euro 81 Mio (2010: über 85 Mio)

Herausgeber:

Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V., 80097 München;

E-Mail: info@rechtspflegerverband-bayern.de

weitere Informationen und aktuelle Meldungen unter www.rechtspflegerverband-bayern.de

Vorsitzender Peter Hofmann, Bamberg,

Schriftleiterin u. verantwortlich für den Inhalt: Daniela Woite,

Amtsgericht München, Infanteriestr. 5, 80097 München

Mit Namen unterzeichnete Artikel, Stellungnahmen, Leserbriefe etc. werden unter alleiniger Verantwortung des Unterzeichners veröffentlicht und geben grundsätzlich nur dessen Auffassung wieder. Ihre Veröffentlichung beinhaltet nicht, daß sich Herausgeber oder Schriftleitung die darin enthaltenen Tatsachenbehauptungen zu eigen machen oder die darin geäußerten Meinungen teilen.

Debeka

Krankenversicherungsverein a. G.



**Wechseln Sie jetzt zur Nr.1
in der privaten Krankenversicherung!**

erfahren. sicher. günstig.

Größte Selbsthilfeeinrichtung des
öffentlichen Dienstes auf dem
Gebiet der Krankenversicherung

Landesgeschäftsstelle Landshut
Dreifaltigkeitsplatz 11/11a
84028 Landshut
Telefon (08 71) 96 56 50 - 0

Landesgeschäftsstelle München
Damenstiftstraße 9
80308 München
Telefon (089) 23 50 10

Landesgeschäftsstelle Nürnberg
Marienstraße 27
90402 Nürnberg
Telefon (09 11) 23 20 40

www.debeka.de

Debeka